

Gäste

Herr Lorke	Abwasserwerk Greifswald
Herr Poschmann	ipc Dr. Talkenberger GmbH Rostock (Projektsteuerer Stadthaus)
Herr Hagemann	IPO (Ingenieurplanung Ost)

Tagesordnung:

1. Sitzungseröffnung
2. Abstimmung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Diskussion über Auswirkungen bei Verlust nachfolgender Aufgaben durch die Kreisgebietsreform (GEG, Untere Naturschutzbehörde, Untere Wasserbehörde, Abfallwirtschaft - Entsorgung/Gebühren, Abfall- und Bodenschutzbehörde)
5. Beschlusskontrolle
- 5.1. Regenentwässerung 05/344
SPD-Fraktion **B196-10/10**
- 5.2. Prüfauftrag zur Verkehrsberuhigung der Straße „An der Mühle“ 05/376
von der Wolgaster Straße bis zur Wiecker Brücke. **B256-12/10**
OTV Wieck-Ladebow
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 6.1. Gesamtkonzept für die Wallanlagen Abschnitt Mühlentor bis 05/463
Pulverturm
Bündnis 90 / Die Grünen
7. Informationen der Verwaltung
8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
9. Informationen des Ausschussvorsitzenden
10. Bestätigung des Protokolls vom 18.01.2011
11. Wahl der/s Ausschussvorsitzenden
12. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Liedtke, eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Zustellung der Sitzungsunterlagen und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu TOP: 2. Abstimmung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie folgt ergänzt:

TOP 5.0.:

„Aussagen zum Stadthaus“

Dez. II

TOP 6.2.:

„Weiteres Verfahren - Unterbringung Stadtarchiv“

Dez. II, Amt 23

Der so ergänzten Tagesordnung wird mit 12 Ja- Stimmen zugestimmt.

Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Herr Clemens Pawelski ist Anwohner der Anklamer Landstraße und fragt nach, ob die mit der Fahrradwegneugestaltung einhergegangene Umwandlung der „Tempo- 50- Zone“ in eine „Tempo- 70- Zone“ wieder rückgängig gemacht werden kann. Mit der Heraufsetzung der Geschwindigkeitsbegrenzung sei eine größere Lärmbelastung und ein höheres Verkehrsrisiko eingetreten, vor allem im Hinblick auf die Straßenquerung und auch die Einordnung in den fließenden Verkehr aus den Seitenstraßen heraus. Er möchte wissen, nach welchen Kriterien derartige Festlegungen getroffen werden.

Herr Wixforth erklärt dazu, dass gegenüber anderen Anwohnern die Position der Straßenverkehrsbehörde bereits schriftlich dargelegt wurde. Da es sich bei dem betreffenden Straßenabschnitt nicht um einen Anliegerbereich im engeren Sinne handelt und auch andere Kriterien (Unfallhäufung u. a.) dem nicht entgegenstehen, ist die Ausweisung einer „Tempo- 70- Zone“ vertretbar. Die Einschränkung auf 50 km/h war dem bislang fehlenden Fahrradweg geschuldet. Diese Situation ist nun nicht mehr vorhanden und die Beibehaltung bisheriger verkehrstechnischer Einschränkungen nicht mehr erforderlich.

Trotz der gemachten Ausführungen durch Herrn Wixforth und auf Anmerkung des Ausschussvorsitzenden hin wird eine schriftliche Beantwortung der Anfrage bis zur nächsten Ausschusssitzung durch das zuständige Fachamt zugesagt.

Im Nachgang zur Abstimmung der Tagesordnung schlägt Herr Liedtke vor, den TOP 11 „Wahl der/s Ausschussvorsitzenden“ zu vertagen.

Dem Vorschlag wird mit 12 Ja- Stimmen zugestimmt.

Zu TOP: 4. Diskussion über Auswirkungen bei Verlust nachfolgender Aufgaben durch die Kreisgebietsreform (GEG, Untere Naturschutzbehörde, Untere Wasserbehörde, Abfallwirtschaft -Entsorgung/Gebühren, Abfall- und Bodenschutzbehörde

Nach einführenden Worten durch die Herren Hochheim und Kaiser aus Sicht der Verwaltung und durch Herrn Liedtke aus Sicht des Ausschussvorsitzenden und als Vorsitzender der ehem. „Arbeitsgruppe Abfall“ folgt die Diskussion zu den möglichen Auswirkungen bei Verlust der unter TOP 4. genannten Aufgaben durch die Kreisgebietsreform.

Hierzu sind die zuständigen Mitarbeiter der einzelnen Fachbereiche anwesend.

Herr Vicent (untere Abfallbehörde) berichtet zunächst eindrucksvoll mittels Präsentation über die Problematik Containerstellplätze in Greifswald und die damit einhergehende Nutzung dieser Plätze zur illegalen Müllentsorgung (**s. Anlage 1**).

Herr Bent informiert aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde (**s. Anlage 2**) und Herr Vicent aus Sicht der unteren Abfallbehörde (**s. Anlage 3**) über die zu erwartenden Auswirkungen der Kreisgebietsreform.

Frau Krüger berichtet in Bezug auf das Bodenschutzrecht (u. a. Problematik Altlasten) über die zu erwartenden Auswirkungen der Kreisgebietsreform. Für diesen Bereich werden die möglichen Auswirkungen als weniger gravierend beurteilt.

Herr Werner informiert abschließend aus der Sicht der unteren Wasserbehörde, wobei die Problematik hier ähnlich gelagert ist wie bei den anderen unteren Umweltbehörden.

Zu TOP: 5. Beschlusskontrolle

Zu TOP: 5.0. Aussagen zum Stadthaus

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald hat sich mit dem Beschluss vom 21.02.2011 zur Weiterführung des Projektes Stadthaus bekannt. Damit gleichzeitig hat der Begleitausschuss seine Tätigkeit eingestellt. Im Rahmen der Sitzungen des Ausschusses für Bauwesen und Umwelt und des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften ist nun regelmäßig über den Fortgang der

Entwicklung des Stadthausprojektes und der Kosten transparent und detailliert zu berichten. Zum Hauptansprechpartner in allen Fragen betreffend das Stadthaus wurde Herr Hochheim bestimmt.

Derzeit, so Herr Hochheim weiter, wird die Baugenehmigung für das Vorhaben Stadthaus abschließend bearbeitet. Es werden noch Verhandlungen mit Nachbarn wegen erforderlicher Zustimmungen zu Baulasten geführt, wobei davon ausgegangen wird, dass diese Zustimmungen kurzfristig erteilt werden. Bei Versagen dieser Zustimmungen sind Umplanungen erforderlich, dann allerdings mit der Folge, weniger Arbeitsplätze an dem Standort unterbringen zu können.

Des Weiteren erfolgen aufgrund der jetzt vorhandenen Beschlusslage Angebotseinholungen und Vergabegespräche für die Vergabe der Projektsteuerung. Hinsichtlich der Wertgrenzen sind keine europaweiten Ausschreibungen erforderlich.

Für die Planungsleistungen, die im Projekt selbst noch erforderlich sind, sind europaweite Ausschreibungen notwendig. Diese sind derzeit in Vorbereitung.

Bezüglich der Grundstücksangelegenheit Fleischerstraße liegt der Stadt eine grundsätzlich positive Antwort seitens der Eigentümer vor. Es ist im Moment davon auszugehen, dass diese für den Anbau notwendigen Flächen nun durch die Stadt gekauft werden können.

Gemäß des Beschlusses der Bürgerschaft zur Prüfung der Regressmöglichkeiten bezüglich der verlorenen Aufwendungen findet am 10.03.2011 eine Beratung innerhalb der Verwaltung statt über deren Ergebnis in der nächsten nichtöffentlichen Finanzausschusssitzung informiert wird.

Herr Poschmann erläutert mittels aufwendiger Tabelle die Art und Weise der künftigen Berichterstattung zur Kostenkontrolle und zum Bauablauf (Terminplan) des Vorhabens Stadthaus und informiert gleichzeitig über den aktuellen Stand der Gesamtkosten. Vierteljährlich ist die Abgabe eines Statusberichts für das Stadthaus vorgesehen.

Zu TOP: Regenentwässerung
5.1.

Herr Werner (untere Wasserbehörde) erläutert anschaulich und detailliert das Greifswalder Regenentwässerungssystem (**s. Anlage 4**).

Herr Lorke vom Abwasserwerk Greifswald berichtet zu den beabsichtigten und mit der Stadt abgestimmten, künftigen Zuständigkeiten für die Entwässerungsanlagen, die in Kürze auch der Bürgerschaft vorgestellt werden sollen. Diese Zuständigkeiten für die Entwässerungsanlagen sollen dann beim Abwasserwerk liegen und hier koordiniert werden.

Den Generalgewässerplan betreffend informiert Herr Lorke, dass dieser so kurzfristig nicht erstellt werden kann, da dazu eine

Bestandsaufnahme aller vorhandenen Gräben notwendig ist (was durch die Arbeit der unteren Wasserbehörde bereits in großem Umfang erfolgt ist), des Weiteren die Ermittlung des baulichen Zustands der Gräben, die Berechnung der möglichen Fließmengen und die Erarbeitung einer Vorplanung, wie auftretende Engpässe beseitigt werden können.

Eine erste, durch das Abwasserwerk beauftragte Planung für einen Regenwassersammler Süd, der künftig die auftretenden Entwässerungsprobleme im Bereich der Gräben 24 und 25 südlich der Bahnlinie beseitigen soll, wird durch das Planungsbüro IPO dem Ausschuss ausführlich vorgestellt. Die Maßnahme soll in spätestens drei Jahren abgeschlossen sein.

Der Generalgewässerplan wird nicht vor dem nächsten Jahr fertig gestellt sein.

Zu TOP: 5.2. Prüfauftrag zur Verkehrsberuhigung der Straße „An der Mühle“ von der Wolgaster Straße bis zur Wiecker Brücke.

Herr Imhorst erläutert aus verkehrsplanerischer Sicht die in zwei Abschnitte geteilte Maßnahme zur Verkehrsberuhigung im Bereich der Straße „An der Mühle“ bis zur Wiecker Brücke (**s. Anlage 5**).

Die Realisierung, so Herr Wixforth, ist durch den Haushalt abgesichert und noch in diesem Jahr möglich, so keine Widersprüche (z. B. durch die Ortsteilvertretung) eingelegt werden.

Zu TOP: 6. Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu TOP: 6.1. Gesamtkonzept für die Wallanlagen Abschnitt Mühlentor bis Pulverturm

Herr Leupold bringt die Vorlage ein.

Herr Kaiser erläutert zunächst, dass es sich bei dem im Beratungsgegenstand genannten Turm nur um den „Fangenturm“ handeln kann. Der Pulverturm, der allerdings bis zum 17. Jh. in der Kuhstraße stand, existiert heute nicht mehr. Des Weiteren gibt es für den gesamten Wallbereich bereits ein planerisches Gesamtkonzept. Aus Sicht der Verwaltung werden die Schwerpunkte für eine planerische Präzisierung eher im westlichen Wallbereich (Credner-Anlagen bis zur Steinbecker Brücke) gesehen.

Die Beschlussvorlage wird mit einer Ja- Stimme, 5 Gegenstimmen und 6 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Zu TOP: 6.2. Weiteres Verfahren - Unterbringung Stadtarchiv

Herr Hochheim bringt die Tischvorlage ein, erläutert deren Anliegen

und macht Ausführungen zu den genannten Standorten. Alle aufgeführten Standorte wären vom Grunde her für die Unterbringung des Stadtarchivs geeignet.

Aus Sicht des Stadtarchivs und der Verwaltung wird der Standort Baderstraße favorisiert.

Der Tischvorlage wird mit 10 Ja- Stimmen und 2 Stimmenthaltungen zugestimmt.

Zu TOP: 7. Informationen der Verwaltung

Herr Kaiser informiert zu folgenden Punkten:

1. Sachstand A11- Quartier:
Die Stadt steht weiter in Kontakt mit dem Investor. Dieser hat bislang keinen Betreiber für das beabsichtigte Pflegeheim gefunden. Seitens der Stadt werden deshalb die Grundstücksverkaufsverhandlungen derzeit nicht weiter verfolgt. Durch den Investor ist ein für diesen Standort städtebaulich gewolltes Konzept entsprechend städtebaulichen Vertrags und laufenden Bauantrags vorzulegen (Hotel allein wird seitens der Stadt abgelehnt). Weitere Gesprächstermine bleiben abzuwarten.
2. Bebauungsplan Nr. 55 - Hafenstraße -:
Diese Woche ist mit dem Investor ein Treffen vereinbart. Der städtebauliche Vertrag soll zum Abschluss gebracht werden. Der Grundstücksverkauf (da er an diesen Vertrag gebunden ist) hat noch nicht stattgefunden.
3. Parkhaus Holzgasse:
Herr Kaiser stellt in aller Kürze Planungen für diesen Bereich vor, die es bereits seit Mitte der 90er Jahre gibt und die verschiedene Anbindungsmöglichkeiten des Parkhauses an den Hansering aufzeigen.
Nach Prüfung durch die Verwaltung hat sich herausgestellt, dass ein 3-geschossiges Gebäude mit 4 Parkebenen (die oberste Parkebene wäre dabei offen) und ca. 600 Stellplätzen realisierbar ist. Im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens sind eine Lärmprognose und eine verkehrstechnische Untersuchung zur Anbindung des Parkhauses zu erstellen.
Herr Wixforth ergänzt aus Sicht der GPG, dass die betriebswirtschaftliche Darstellbarkeit des Vorhabens eine ausschlaggebende Rolle spielt.

Stralsunder Straße 10:

Frau Ewald (unter Denkmalschutzbehörde) erläutert mittels Präsentation (**s. Anlage 6**) den aktuellen Sachstand zur Stralsunder Straße 10/ 11. Herr Kaiser stellt abschließend noch mal die Möglichkeiten für einen weiteren Ablauf dar.

Zu TOP: 8. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Littman bezieht sich auf die Anfrage eines Einwohners in der letzten Bürgerschaftssitzung zum Stadtgraben. Die Verwaltung bittet um schriftliche Fragestellung, da die entsprechenden Fachleute zur Beantwortung nicht mehr in der Ausschusssitzung anwesend sind.

Zu TOP: 9. Informationen des Ausschussvorsitzenden

Herr Liedtke gibt zwei Schriftstücke/ Vorgänge als Anlage zum Protokoll **(s. Anlage 7)**.

Zu TOP: 10. Bestätigung des Protokolls vom 18.01.2011

Das Protokoll vom 18.01.2011 wird mit 9 Ja- Stimmen und 3 Stimmenthaltungen bestätigt.

Zu TOP: 12. Schluss der Sitzung

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung um 21:40 Uhr.

Jürgen Liedtke
Ausschussvorsitzender

Jens Wilke
für das Protokoll

Anlagen:

1. Containerstandplätze
2. Naturschutzbehörde
3. Abfallbehörde
4. Regenentwässerung
5. An der Mühle
6. Stralsunder Straße 10/ 11
7. TOP9 Info Vorsitzender